



**Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,**

das so genannte „Super-Wahljahr 2009“ hat begonnen und angesichts der Finanzkrise steht es unter ganz anderen Vorzeichen als mancher gedacht hat.

Die Krise lässt erneut die Unterschiede zwischen den Parteien deutlich werden. Die FDP fordert lautstark Steuersenkungen, die nur jenen nutzen würden, die sowieso schon gut verdienen. Die SPD setzt sich für Abgabensenkungen ein, von denen alle Arbeitnehmer unmittelbar profitieren. Dank uns ist das Konjunkturprogramm auf einem guten Weg.

Ein weiterer Erfolg: CDU und CSU wollten ausgerechnet riesige Benzinschlucker bei der Reform der Kfz-Steuer entlasten. Dank der SPD ist dieser umweltpolitische Unsinn gestoppt und Kleinwagenbesitzer werden entlastet.

Auch auf anderen Feldern kommen wir ohne die Union besser voran: Im Frühjahr wird nun wohl endlich über die Zukunft der Diamorphinprojekte abgestimmt und das zynische Spiel einiger Ewiggestriger bei CDU und CSU mit dem Wohl von Menschen beendet.

Aus Karlsruhe gibt es ebenfalls einiges zu berichten. Mit dem ersten Teil der Kombi-Lösung kommen wir einer menschenfreundlichen Gestaltung der Innenstadt näher. Gesine Schwan feierte mit uns die Verleihung des Ludwig-Marum-Preis. Und die beiden Karlsruher Parlamentsstipendiaten meldeten sich mit fröhlichen Berichten aus den USA.

Einen guten Start in das neue Jahr wünscht Euer

Parteiübergreifende Mehrheit für Diamorphinbehandlung

Streit zu einem guten Abschluss bringen

Eine parteiübergreifende Mehrheit aus SPD, FDP, Grünen und Linken möchte im Bundestag eine gesetzliche Regelung schaffen, mit der Schwerstdrogenabhängige, bei denen eine herkömmliche Entzugstherapie versagt hat, unter ärztlicher Aufsicht mit Diamorphin behandelt werden können. In Karlsruhe und sechs weiteren Großstädten laufen seit Jahren erfolgreich entsprechende Modellprojekte. Einzig die starre Blockadehaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verhinderte bislang, dass die erfolgreichen Projekte auf eine sichere Grundlage gestellt werden konnten.

Diamorphin vom Arzt sei für viele Abhängige die beste Therapie und rette Leben, heißt es nun in einem Beitrag des SWR-Fernsehens. Johannes Jung stellt in diesem Beitrag klar, dass seine Partei inzwischen im Interesse der Patienten gewillt ist, notfalls aus der Koalitionsdisziplin aus-

zuscheren und gegen CDU und CSU zu stimmen. „Wir sind in der SPD-Bundestagsfraktion gewillt, ohne weitere Rücksicht auf



Im Interview mit dem SWR-Fernsehen machte Johannes Jung deutlich, dass die SPD die Blockade der CDU/CSU-Fraktion nicht länger hinnehmen will.

den Koalitionspartner CDU/CSU die diamorphingestützte Behandlung jetzt auch tatsächlich durchzusetzen“, bestätigte der Karlsruher Bundestagsabgeordnete.

Eine gesetzliche Grundlage könnte dadurch noch im Frühjahr 2009 erreicht werden. Nach Recherchen des SWR käme sie in Baden-Württemberg etwa 200 Patienten zu Gute. Die Kosten einer Behandlung mit Diamorphin lägen bei lediglich drei Euro.

Beitrag des SWR-Fernsehens vom 12. Januar 2009

AUS DEM INHALT

„Konjunkturprogramme gehen den richtigen Weg“ 2
 Greifbare Chance für menschenfreundliche Innenstadt 5
 PPP-Stipendiaten:
 Gut angekommen in den USA 9

Friedrich-Ebert-Stiftung lädt ein:

„Obamas neues Amerika“

mit **Jeffrey Rathke**, US-Botschaft
Karsten Voigt, Auswärtiges Amt
Johannes Jung, Auswärtiger Ausschuss
 am 16. Februar 2009, um 19 Uhr
 im Stephanssaal, Karlsruhe



SPD-Abgeordnete durchbrechen CDU-Blockade

Gruppenantrag bringt neue Chance für gesetzliche Regelung der diamorphingestützten Behandlung für Schwerstabhängige

Die SPD-Bundestagsfraktion wird die Blockade der Unionsfraktion bei der gesetzlichen Regelung einer kontrollierten



Heroinabgabe an Schwerstabhängige nicht länger hinnehmen. Mittels eines Gruppenantrages soll nun der Entwurf eines Gesetzes über die diamorphingestützte Substitu-

tionsbehandlung in den Deutschen Bundestag eingebracht werden.

Johannes Jung: „Ich freue mich, dass nun auch Peter Struck den Gruppenantrag unterschrieben hat und nun wieder Bewegung in die Sache kommt. Das ist ein eindeutiges politisches Signal in Richtung Union und eine gute Nachricht für Karlsruhe“.

Vor allem auch aus ethischen Gründen sei eine weitere Verzögerung nicht länger akzeptabel – zumal das Kabinett, der Bundesrat und die Opposition einer gesetzlichen Regelung bereits zugestimmt hätten. „Unsere Rücksichtnahme hat den betroffenen Schwerstabhängigen zu gelten und nicht länger den Bremsern in der Unionsfraktion“, so Johannes Jung.

Jung hatte sich bereits im Herbst 2006 für eine neue gesetzliche Regelung eingesetzt und in der SPD-Bundestagsfraktion rund 180 Unterschriften für den von ihm vorgelegten Gesetzentwurf gesammelt. Im Parlament gilt mit den Stimmen der Opposition eine Mehrheit als sicher.

Keine Rücksicht mehr auf Bremser

Jung: „Die zynische Verzögerungstaktik der Union hat nun ein Ende und der Gesetzentwurf kommt endlich auf die Tagesordnung des Parlaments. Ein schönes Weihnachtsgeschenk für die Patienten und für alle, die seit Jahren für eine vernünftige und menschliche Regelung kämpfen“.

Pressemitteilung vom 2. Dezember 2008

„Konjunkturprogramme gehen den richtigen Weg“

Johannes Jung begrüßt Kombination aus staatlichen Investitionen und Abgabensenkungen / 1,6 Mrd. Euro für BaWü

Der Karlsruher Bundestagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Johannes Jung begrüßt das vom Koalitionsausschuss beschlossene „Konjunkturprogramm II“, das in einer Sondersitzung des Deutschen Bundestags beraten wurde.

Entscheidend sei nicht das schiere finanzielle Volumen, sondern wofür das Geld ausgegeben werden soll. „Krise hin oder her: Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur sind immer richtig, gerade jetzt zur Abwendung einer Wirtschaftskrise“, so Jung. Nicht zu vergessen sei, dass erst die rot-grüne Reformpolitik Deutschland jetzt in die Lage versetzte, auf die Krise angemessen reagieren zu können.

Deutliches Signal gegen Krise

„Ein Impuls von fast 50 Milliarden Euro ist ein deutliches Signal an die Bürgerinnen und Bürger und an die Wirtschaft, dass wir der Krise entschlossen entgegenzutreten. Zusammen mit dem ersten Konjunkturprogramm haben wir nun fast 80 Milliarden bereitgestellt. Die Kombination von direkten staatlichen Investitionen und Abgabensenkungen ist absolut der richtige Weg.“

Auch hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik seien die Maßnahmen nach dem

Motto „Qualifizieren statt entlassen“ richtig. Kurzarbeit müsse für alle Unternehmen und Beschäftigten u. a. durch Erleichterung der Voraussetzungen, Vereinfachung der Antragstellung und die hälftige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit attraktiver und unbürokratischer gemacht werden.

Qualifizieren statt entlassen

Der Bund unterstütze nun allein Baden-Württemberg mit 1.645,9 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II bei seinen Investitionen. „Bei einem Kofinanzierungsanteil der Länder von 25 Prozent bedeutet das die große Chance, seit längerer Zeit geplante Projekte in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, mit Krankenhäusern, Verkehrsprojekten, Städtebau und Informationstechnologie zu realisieren“, ist Jung überzeugt.

Die Finanzhilfen des Bundes für die Kommunen sollen den Ländern unkompliziert zur Verfügung gestellt werden. In einer Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern müsse nun sichergestellt werden, dass alle Kommunen von den Investitionshilfen profitieren könnten, so Jung. Für finanzschwache Kommunen oder Kommunen in

Haushaltsnotlage müsse ein fast vollständiger oder gänzlicher Verzicht auf kommunale Eigenanteile möglich sein, das heißt Bund und Länder müssten (fast) vollständig die Investition finanzieren. Die Länder müssten sich überdies verpflichten, Investitionspauschalen und Zweckzuweisungen an die Kommunen nicht zu reduzieren und auch keinesfalls den kommunalen Finanzausgleich zu Lasten der Kommunen zu verändern, fordert Jung im Einklang mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK).

Steinmeier-Initiative vorbildlich

Dennoch sei bei allen Bemühungen klar, dass eine Krise, die durch globale Vorgänge ausgelöst und verschärft werde, nicht allein auf nationaler Ebene bewältigt werden könne. Dank der Initiative von Frank-Walter Steinmeier starte Deutschland nun im Zusammenwirken mit den europäischen und internationalen Partnern eine massive Anti-Krisenaktion, sichere wirksam Arbeitsplätze und stärke sich für den nachfolgenden Aufschwung.

„Nun handelt Deutschland und andere denken nach“, so Jung abschließend.

Pressemitteilung vom 14. Januar 2009

„Eine Gesellschaft muss verzeihen können“

Gesine Schwan sprach in Karlsruhe über Schuld und Vergebung

„Eine Gesellschaft muss verzeihen können“, forderte anlässlich der 20. Verleihung des Ludwig-Marum-Preises im November im Ständehausaal in Karlsruhe die SPD-Politikerin Gesine Schwan. Die Laudatorin sprach über „den Umgang der Deutschen mit Schuld“. Die 65-jährige Sozialdemokratin glaubt, „verschwiegene Schuld“ beschädige die demokratische und politische Kultur eines jeden Landes.

Aktive Auseinandersetzung

Die Demokratie brauche selbstbewusste Bürger. Betroffene müssten sich aktiv mit ihrem Tun und begangenen Unrecht auseinandersetzen. In der sehr analytisch und in einer doch verständlichen Sprache vor-

getragenen Laudatio stellte Schwan fest, insbesondere nach der Zeit der NS-Diktatur hätten viele Täter Probleme gehabt, ihre

Gesine Schwan, geboren 1943 in Berlin, ist Politikwissenschaftlerin und war bis vor kurzem Präsidentin der Europa-Univer-



Stichwort: Ludwig Marum

Ludwig Marum wurde 1882 in Frankenthal geboren, er trat 1904 in die SPD ein und zog 1909 nach Karlsruhe. Hier engagierte er sich in der SPD, war ab 1914 Landtagsabgeordneter, dann badischer Justizminister und ab 1928 Karlsruher Abgeordneter im Reichstag in Berlin. Neben der Politik arbeitete er als Anwalt.

Als Sozialdemokrat, entschiedener Nazi-Gegner und wegen seiner jüdischen Herkunft war Marum bei den Nazis verhasst. 1933 wurde er verhaftet, in einer Schaufahrt mit sechs weiteren Sozialdemokraten durch die Kaiserstraße gekarrt und im KZ Kislau bei Bruchsal in der Nacht vom 28. auf den 29. März 1934 ermordet. Er hatte im Vertrauen auf einen Rest von Rechtsstaat Möglichkeiten zur Flucht ausgeschlagen.

Seit 1988 vergibt die SPD Karlsruhe den Ludwig-Marum-Preis zu seinem Gedenken. Verliehen wird die Auszeichnung immer zu seinem Geburtstag am 5. November. Der Preis möchte Zeichen setzen für ein verantwortliches Verhältnis zur deutschen Geschichte, für Wachsamkeit gegen jede Form der Intoleranz sowie Menschlichkeit im Umgang mit Fremden.

Schuld auszusprechen. Das habe zu Folgeproblemen bei nachfolgenden Generationen beigetragen. Ähnliche gesellschaftlich-psychologische Probleme habe es zum Ende des DDR-Regimes gegeben. Gesine Schwan: „Ludwig Marum, der so viel erlitten hat, hat uns gezeigt, dass wir diesen Rechtsstaat permanent pflegen müssen“.

In der Nachkriegszeit habe jedes Opfer entscheiden müssen, ob es vergeben könne. Eine Gesellschaft, die erbarmungslos sei, könne nicht zu neuen Normen gelangen, sagte die Sozialdemokratin. An die Vertreter des im Jahr 2008 mit dem Ludwig-Marum-Preis ausgezeichneten Menschenrechtszentrum Karlsruhe gerichtet, meinte Schwan: „Personen wie ihnen verdanken wir es, dass die Demokratie lebendig ist“.

Menschenrechtszentrum gewürdigt

Der SPD-Kreisvorsitzende Johannes Jung hatte in einleitenden Worten zur Preisverleihung auch auf den Ort der Veranstaltung hingewiesen und das Ständehaus als Ort des ersten demokratischen Parlaments in Deutschland gewürdigt.

sität Viadrina in Frankfurt (Oder). Schwan wuchs als Tochter des späteren Oberschulrats Hans R. Schneider in Berlin-Reinickendorf auf.

Einsatz für Versöhnung

Sie ist römisch-katholisch getauft und stammt aus einem sozial engagierten Elternhaus, das im Nationalsozialismus zu protestantischen und sozialistischen Widerstandskreisen gehörte; so hatten nach biographischen Quellen ihre Eltern im letzten Kriegsjahr ein jüdisches Mädchen versteckt. Die Familie setzte sich nach dem Krieg für die Freundschaft mit Polen ein.

Im Mai 2009 wird sich Gesine Schwan als Kandidatin der SPD für das Amt des Bundespräsidenten in der Bundesversammlung zur Wahl stellen. Zum Zeitpunkt der Einladung nach Karlsruhe war dieser Umstand noch nicht bekannt. Ihre Zusage, als Laudatorin zur Verleihung des Ludwig-Marum-Preises 2008 in die Fächerstadt zu kommen, hat die vielbeschäftigte Hochschullehrerin dennoch eingehalten.

Veranstaltung vom 5. November 2008

Täglicher Einsatz für die Menschenrechte

Johannes Jung zum Internationalen Tag der Menschenrechte: Hunderttausende Bürger engagieren sich tagtäglich

„Es gibt nicht nur viele Institutionen, die Menschenrechte sichern und weiterentwickeln; es gibt hierzulande Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch



AUS MEINER
PARLAMENTS-
ARBEIT

Menschen ohne deutschen Pass, die sich tagtäglich für die Verwirklichung und die Durchsetzung von Menschenrechten einsetzen – individuell, persönlich und in größeren Organisationen. Ihnen gebührt unser Dank. In Karlsruhe können wir stolz sein, dass wir das Menschenrechtszentrum in der Stadt haben. Dessen Arbeit kann gar nicht genug gelobt und geschätzt werden.“

Lob für Menschenrechtszentrum

Dies bekräftigt der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Jung, Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, anlässlich des 60. Jahrestages

der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember, dem internationalen Tag der Menschenrechte. „Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte muss immer die Richtschnur unseres politischen Handelns sein“, so Jung.

In Deutschland herrsche große Einigkeit bei Fragen wie der Abschaffung der Todesstrafe, bei Frauen- und Kinderrechten und beim Recht auf Bildung. „Beim Thema gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit sieht es schon anders aus“, meint Johannes Jung. Die SPD werde sich zukünftig noch stärker einsetzen, um andere von der Notwendigkeit zu überzeugen, unterstreicht Jung, der überdies bei der weltweiten Verfolgung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern ein klassisches Problem im Kampf um Menschenrechte konstatiert.

Bei der Einhaltung der Menschenrechte sei der Blick aber nicht nur auf andere Kontinente zu richten. „Es muss vor der eigenen Haustüre gekehrt werden“, so Jung. In Europa betreffe dies besonders Staaten wie Bosnien-Herzegowina, den Kosovo,

Moldawien, Transnistrien, Ukraine, Staaten des Kaukasus, Weißrussland und Russland. Die Regierung des Kosovo habe gerade unter Beweis gestellt, wie notwendig das neue Instrument von Rechtsstaatsmissionen wie EULEX sei. Auch innerhalb der Europäischen Union und in Deutschland sieht Jung Handlungsbedarf. Dies gelte insbesondere für die Wahrung der Menschenrechte beim Kampf gegen den Terrorismus oder für den Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern, mit Sinti und Roma und anderen – auch sexuellen – Minderheiten.

Verantwortung der Wirtschaft

Für die Zukunft Jung sieht weitere Herausforderungen: „In der globalisierten Welt fällt auch Wirtschaftsunternehmen eine größere Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte zu. Bei der Warenproduktion bzw. beim Abbau von Rohstoffen müssen die grundlegenden Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte geachtet werden. Hierfür wird sich die SPD einsetzen“.

Pressemitteilung vom 9. Dezember 2008

„Schluss mit unverantwortlichem Waffenhandel aus Profitgier“

Johannes Jung setzt sich für die Entstehung eines international verbindlichen Waffenhandelsvertrags ein. „Es gibt bis heute keine internationalen Regeln für den Handel mit konventionellen Waffen. Dabei werden jedes Jahr weltweit hunderttausende Menschen Opfer von Waffengewalt“, stellt er fest. Der Karlsruher Bundestagsabgeordnete ist daher Mitunterzeichner der weltweiten Kampagne „Waffen unter Kontrolle“, die von den Hilfsorganisationen Oxfam und Amnesty International getragen wird.

Er sei sehr besorgt über die unverantwortliche Verbreitung konventioneller Waffen. Durch sie würden Konflikte und Instabilität verschärft und terroristische Angriffe erleichtert, so Jung. Täglich würden Millionen Männer, Frauen und Kinder in Furcht vor bewaffneter Gewalt leben. „Schluss mit dem unverantwortlichen Waffenhandel aus Profitgier“ fordert der Abgeordnete, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss für Menschenrechte.

Bei anderen Waffengattungen gebe es einheitliche Regeln, im Bereich der konventionellen Waffen bestünde dagegen lediglich ein unübersichtlicher Flickenteppich aus nationalen und regionalen Richtlinien. Dieser lade verantwortungslose Hersteller und Händler geradezu ein, Waffen in die falschen Hände abzugeben. „Wir müssen die Schlupflöcher stopfen“, appelliert Jung. Ohne ein wirkungsvolles internationales Übereinkommen blieben in vielen Ländern Menschenrechte und Sicherheit der Willkür unverantwortlicher Händler ausgeliefert.

Internationales Übereinkommen

Neben der eigenen Unterschrift war es Johannes Jung wichtig, auch andere Kollegen zur Unterstützung der Aktion „Waffen unter Kontrolle“ zu bewegen. „Dass die SPD mit Abstand die meisten Befürworter für diese Kampagne im Bundestag stellt, freut mich besonders“, sagt Jung.

Pressemitteilung vom 25. September 2008

60. Menschenrechtstag

Am 10. Dezember 1948 wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet. In der Plenardebatte zum Jahrestag am 5. Dezember 2008 sprach Johannes Jung im Parlament.

In seiner Rede betonte der Karlsruher Bundestagsabgeordnete die Rolle jener Menschen, die sich in Organisationen oder individuell für die Verwirklichung und Durchsetzung von Menschenrechten engagieren. „Ihnen gebührt unser Dank.“

Hoffnung äußerte Jung, dass mit der De-facto-Abwahl der Bush-Regierung in den USA auch die illegale Politik der so genannten „Renditions“ enden werde. Ein wichtiges Thema weltweit seien auch die Menschenrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Dieses Feld dürfe man nicht aus dem Blick verlieren.

Greifbare Chance für menschenfreundliche Innenstadt

Umbau von Kaiser- und Kriegsstraße kann beginnen / SPD Karlsruhe bekräftigt außerdem „Nein“ zur Nordtangente

Die SPD Karlsruhe begrüßt die Finanzierungszusage aus Berlin für den kostenmäßigen „Löwenanteil“ zur Realisierung der Kombilösung, die jetzt vermutlich bald mit dem Umbau der Kaiserstraße beginnen kann. „Es besteht jetzt die greifbare Chance, die Kaiserstraße in eine echte Fußgängerzone umzuwandeln und der Kriegsstraße ein menschenfreundliches Gesicht zu geben“, teilt der Bundestagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Johannes Jung mit.

Die Volkspartei SPD habe in einer für die Stadt zentralen Entscheidung in einem innerparteilichen demokratischen Prozess frühzeitig Festlegungen getroffen. In Abwägung aller Fakten habe sich die SPD für den Weg entschieden, der den Baubeginn in der Kaiserstraße favorisiert. Es bleibe jedoch festzu-



Mit dem Tunnel in der Kaiserstraße soll der Bau der Kombilösung beginnen.

halten, dass die Kombilösung deshalb ihren Namen trage, weil der Umbau der Kriegsstraße gleichberechtigt Bestandteil des Verkehrskonzepts sei. Sowohl die Genehmigung als auch die Finanzierung habe stets dieses Gesamtprojekt umfasst und deshalb müssten auch beide Teile realisiert werden.

Kriegsstraße gleichberechtigt

Ohne die SPD hätte es seinerzeit nur den Kaiserstraßentunnel und keine Straßenbahn in der Kriegsstraße gegeben. Deshalb hat die Partei schon in ihrem Kommunalwahlprogramm 2004 bewusst von der „Umsetzung der Kombilösung (U-Strab und Straßenbahn Kriegsstraße)“ gesprochen und der Realisierung der Straßenbahn vor diesem Hintergrund „höchste Priorität“ eingeräumt.

Ein nun absehbarer Baubeginn für das erste Teilprojekt der Kombilösung noch im Jahr 2009 in der Kaiserstraße bringe Karlsruhe voran. „Die von der SPD durchgesetzte

Lösung macht Karlsruhe zum Kombinationssieger“, so der Kreisvorsitzende Jung.

Mit Blick auf die Kommunalwahl im Juni 2009 hatte die Karlsruher SPD bereits auf einer Kreisdelegiertenkonferenz im September eine Positionsbestimmung zum Bau der Kombilösung und auch zum Ver-

ne samt Tunnel in der Kaiserstraße und Umbau der Kriegsstraße. Karlsruhe ist gut beraten, mit dem Tunnelbau in der Kaiserstraße zu beginnen. Allerdings brauchen wir Klarheit über die Kostensteigerung“, so der SPD-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Johannes Jung.

„Nein“ zur Nordtangente

Nach engagierter Diskussion hat die Kreisdelegiertenkonferenz außerdem ihr „Nein“ zu Nordtangente und zweiter Rheinbrücke bekräftigt. In einer von den Delegierten mehrheitlich verabschiedeten gemeinsamen Erklärung von SPD-Kreisvorstand und SPD-Gemeinderatsfraktion unterstreichen die Parteifreunde bereits vielfach geäußerte Kritikpunkte. „Die SPD Karlsruhe ist und bleibt Gegner eines wie auch immer getarteten Hardtwalldurchstichs“, zitiert SPD-Kreisvorsitzender Johannes Jung die gemeinsame Erklärung. Aktuelle Gutachten widersprechen allen bisherigen Annahmen, der Verkehrsfluss in West-Ost-Richtung habe in den letzten Jahren massiv zugenommen. Deshalb, so Jung, bleibe man auch beim „Nein“ zu einer zweiten Rheinbrücke.

Die so genannte Nordtangente ist ein Bundesfernstraßenprojekt, dessen Planung bereits bis in die 1920er Jahre zurück geht. Die Planungen beschäftigen seit vielen Jahren die Karlsruher Kommunalpolitik. Die beiden Teilstücke der Nordtangente sind im Flächennutzungsplan und im „Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen“ enthalten. Für die Nordtangente-Ost besteht seit 1994 ein Bebauungsplan. Für die Nordtangente-West besteht noch kein Baurecht.

Einvernehmliche Lösung finden

Neu in den Überlegungen der Karlsruher SPD im Vorfeld der Kommunalwahl sind mögliche Reaktionsmuster, falls es doch zum Bau einer neuen zweiten Rheinbrücke kommen sollte. Darüber ist bereits vor Jahren eine Entscheidung im Einvernehmen zwischen den Bundesländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz getroffen worden. Daher empfiehlt die SPD in einer Erklärung, zum gegebenen Zeitpunkt „eine für alle betroffenen Stadtteile einvernehmliche Lösung zu finden“.

Pressemitteilungen 11. Dez. 2008 / 26. Sept. 2008

kehrprojekt Nordtangente und zweite Rheinbrücke vorgenommen. Zu letzterem bekräftigte die Partei ihre Ablehnung.

Nach einem umfassenden Vortrag des Leiters der Karlsruher Verkehrsbetriebe, Dr. Walter Casazza, und des Leiters des städtischen Tiefbauamtes und der Karlsruher Infrastruktur-Gesellschaft (Kasig), Gerhard Schönbeck, diskutierte die Kreisdelegiertenkonferenz zur Kombilösung und fällte eine Entscheidung. Die Delegierten plädierten dafür, zunächst mit dem Tunnelbau in der Kaiserstraße zu beginnen und erst nach dem Stadtgeburtstag 2015 den Umbau der benachbarten Kriegsstraße anzugehen. In Kürze soll der Gemeinderat über die Umsetzungsreihenfolge des nach bisherigen Berechnungen rund 550 Millionen Euro teuren Projekts Kombilösung abstimmen.

„Die SPD hat die Kombilösung erfunden und gegen die Tunnelfanatiker durchgesetzt. Wir wollen beides: Fußgängerzo-

Zur Frage des Stadionbaus

Vier Anmerkungen des Bundestagsabgeordneten und SPD-Kreisvorsitzenden Johannes Jung

Nachdem Anfang Oktober zwei fundierte Gutachten zur Standortfrage Stadion in Karlsruhe präsentiert wurden, formuliert der Bundestagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Johannes Jung folgende vier Anmerkungen zum Stadionbau und zur bevorstehenden Abstimmung im Gemeinderat am 21. Oktober:

1. Es wurden drei Alternativen für einen Stadionbau eingehend untersucht. Die Standortfrage kann nicht allein nach Kosten und KSC-Wünschen entschieden werden, sondern muss in die gesamte Stadtentwicklung passen. Hier hat die Stadtverwaltung noch einige Aufgaben zu bewältigen.

2. Die SPD Karlsruhe sieht ein Problem darin, dass die Standortfrage Stadion inzwischen zu einem Macht- und Prestigekampf innerhalb der CDU Karlsruhe geworden ist. Zu diesem Zweck war das Wildparkstadion aber nicht gebaut worden.



3. Es erstaunt immer wieder, wie unverfroren die Verantwortlichen der hoch bezahlten Profi-Abteilung des KSC nach Steuergebern drängen. Wer ein neues Stadion an

einem neuen Standort will, kann sich nach Abstimmung mit der Stadt an einem geeigneten Standort gerne eines bauen. Voraussetzung sind eine seriöse Finanzierung und Re-Finanzierung. Davon war bisher und ist auch auf weiteres offenbar nichts zu hören.

4. Jedem muss klar sein: Die Zukunft von Wissenschaft und Forschung ist für Karlsruhe und unsere Region von großer Bedeutung und erheblich wichtiger als die Zukunft der Profi-Abteilung des KSC. Deshalb muss die Erweiterung der Universität eigenständig betrachtet werden. Hochschule, KSC und Bürgerschaft brauchen eine sachorientierte, keine taktisch bestimmte Entscheidung. Das Gutachten des renommierten Architektur- und Planungsbüros Albert Speer & Partner bietet dazu beste Handreichungen.

Johannes Jung stellt abschließend fest: Oberbürgermeister Heinz Fenrich kommt das Verdienst zu, in einer kopflosen Debatte für Klarheit gesorgt zu haben. Spätestens beim nächsten Fastnachtsumzug dürfte die Forderung laut werden, den Wildpark in Heinz-Fenrich-Arena umzubenennen.

Pressemitteilung vom 10. Oktober 2008

Johannes Jung als Teilnehmer beim 8. Petersburger Dialog

Der Petersburger Dialog ist eine deutsch-russische Konferenz, die unter der Schirmherrschaft des deutschen Bundeskanzlers und des russischen Präsidenten steht. Er findet seit dem Jahr 2001 einmal jährlich abwechselnd in Deutschland und in Russland statt und soll innerhalb der deutsch-russischen Beziehungen neue Projekte initiieren

Deutsch-russische Partnerschaft

Auf Einladung des Auswärtigen Amtes nimmt der Karlsruher Bundestagsabgeordnete Johannes Jung als Experte für Außenpolitik und Menschenrechte auf deutscher Seite am anstehenden 8. Petersburger Dialog teil. Das Treffen trägt den Titel: „Russland und Deutschland in der globalisierten Welt – Partner in der Modernisierung“ und wird von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, geleitet.

Johannes Jung will sich in der Arbeitsgruppe „Russland und Deutschland in der modernen Informationsgesellschaft“ auch zum Nutzen von Wirtschaft und Wissenschaft der Region Oberrhein einsetzen und war diesbezüglich vorab mit Karlsruher Vertretern in Kontakt getreten.

Der 8. Petersburger Dialog beginnt am Dienstagabend mit einem Empfang auf Einladung der Gouverneurin Sankt Petersburgs, Walentina Matwijenko, und des Gouverneurs der Region Leningrad, Waleri Serdjukow. Am Mittwoch folgt die Eröffnung des 8. Petersburger Dialogs im Festsaal der St. Petersburger Staatlichen Universität und die Begrüßung der Teilnehmer durch die deutschen und russischen Vorsitzenden der Lenkungsausschüsse, Lothar de Maizière und Michail Gorbatschow, sowie die beiden Gouverneure, ehe dann die Arbeit der Arbeitsgruppen beginnt. An der Ple-

narsitzung am Donnerstag werden auch der Präsident der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, und Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnehmen.

Dreitägiges Konferenzprogramm

Teilnehmer der Konferenz sind auf deutscher und russischer Seite jeweils etwa 70 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und junge Eliten aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Einladung erfolgt durch einen deutsch-russischen Lenkungsausschuss, der das Gesprächsforum plant und thematisch vorbereitet. Die Organisation wird von den jeweiligen Sekretariaten in Berlin und St. Petersburg durchgeführt. Zwischen den Jahrestagungen werden bei weiteren Treffen der verschiedenen Arbeitsgruppen konkrete Fragestellungen im kleinen Kreis erörtert.

Pressemitteilung vom 29. September 2008

Globale Herausforderungen: Neue Energie für die Zukunft

Diskussionrunde mit der Umweltstaatssekretärin Astrid Klug / „SPD wird am Atomausstieg festhalten“

Seit 2005 ist sie Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Am 24. November war Astrid Klug zu Gast bei der SPD Karlsruhe. Die Sozialdemokratin aus dem Wahlkreis Homburg-Saar sprach vor interessiertem Publikum im DGB-Haus an der Ettlinger Straße zum Thema: „Neue Energie für die Zukunft – Globale Herausforderungen im 21. Jahrhundert.“



Moderiert wurde die Diskussionsrunde von dem Vorsitzenden der SPD Karlsruhe und Bundestagsabgeordneten, Johannes Jung. Die Teilnehmer auf dem gut besetzten Podium waren Dr. Wolfram Münch, Bereichsleiter Forschung

und Innovation der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Michael Würtele, Geschäftsführer der Montanes GmbH Karlsruhe und Mitglied im Präsidium des Bundesverbandes Geothermie, und Jürgen Schneider vom „Forum Eine Welt“ Freiburg.

Astrid Klug legte in ihrem Vortrag ihre Auffassung dar, dass die Menschen vor allem vor drei globalen Herausforderungen stehen: Bezüglich des Klimawandels müsse die Erwärmung begrenzt werden, um ökologische und soziale Bedrohung zu vermeiden. Außerdem müsse die allgemeine Versorgungssicherheit gewährleistet sein und drittens müsse die Energie für alle bezahlbar bleiben.

Astrid Klug bekräftigte, der Weg zum Ziel sei klar: „Wir brauchen neue Energien – ob Sonne, Wind, Biomasse, Geothermie oder auch die in Karlsruhe so wichtige Wasserkraft. Als Weltmarktführer müssen wir dabei unser Potenzial nutzen“, sagte die Umweltpolitikerin.

Klimawandel, Versorgungssicherheit und bezahlbare Energie

Sie forderte zudem mehr Energieeffizienz, also ein verbessertes Verhältnis von Nutzen zum Energieaufwand. Die Quintessenz des kontroversen Abends: Die SPD möchte auch in Zukunft am Atomausstieg festhalten. „Ich glaube nicht an die Renaissance der Atomkraft“, so Klug. Man wolle Klimaschutz weiter fördern zum Beispiel bei Stromeinspartechnologien oder der Novelisierung der Kraft-Wärme-Kopplung bis 2020. Eine Initiative habe die EU mit dem Energieeffizienzplan gestartet. Dieser siehe vor, bis zum Jahr 2020 mindestens 20 Prozent der Energie einzusparen und Energiefresser vom Markt zu nehmen.

Veranstaltung vom 24. November 2008

„Wenn die Städte schrumpfen, schrumpft auch der Staat“

Städtetagspräsident Gönner stellte in der Durlacher Karlsburg Herausforderungen für die Verwaltung dar

Ein waschechter Oberschwabe, der in seinem Leben vielfältig „badische Luft“ geschnuppert hatte, sprach am 23. Oktober auf Einladung der SPD Karlsruhe in der Durlacher Karlsburg: Ivo Gönner, geboren als Sohn eines Laupheimer Apothekers, Seminarist im Kolleg St. Blasien im Südschwarzwald und Absolvent der Jurisprudenz an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg sprach über die „Herausforderungen für die öffentliche Verwaltung“.

Demographie und Konkurrenz

Gönner, seit 1992 Oberbürgermeister der Stadt Ulm/Donau, zwischen 2001 und 2005 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) und seitdem Präsident des Städtetags Baden-Württemberg, setzte sich in seinem Vortrag mit den demographischen Verän-

derungen, schrumpfenden Einwohnerzahlen und der Konkurrenz der Städte untereinander auseinander. Neu zugezogene Einwohner müssten „zu Bürgern der eigenen Stadt gemacht werden.“

„Wenn die Städte schrumpfen, schrumpft auch der Staat“, konstatierte er. Gleichwohl seien die Infrastruktur-Einrichtungen vorhanden.

Der Ulmer Oberbürgermeister bekräftigte bei dieser Gelegenheit erneut seine Forderung, den Kommunen beim Thema Bildung entscheidendes Mitsprache- und Gestaltungsrecht einzuräumen. „Wir haben die Einrichtung

von Bildungshäusern vorgeschlagen“, so Gönner. Dort könnte eine durchgängige Betreuung und Bildung vom Kleinkindalter bis zum Ende der Grundschule stattfinden.



Der volksnahe Politiker war schon mehrfach als möglicher Spitzenkandidat der SPD im Landtagswahlkampf genannt worden – hatte das aber bislang stets abgelehnt. Seine Stippvisite in Durlach wurde dadurch möglich, dass am selben Nachmittag in Baden-Baden die Hauptversammlung des Städtetags Baden-Württemberg stattfand.

Veranstaltung vom 23. Oktober 2008

Trauerfeier für Julius Grotz (1928-2008)

Der frühere Stadtrat, Fraktions- und Parteivorsitzende der Karlsruher SPD starb im Dezember

Auf der Trauerfeier für Julius Grotz am 30. Dezember 2008 sprach Johannes Jung der Familie sein Beileid aus. Er würdigte den früheren Stadtrat, Fraktions- und Parteivorsitzenden der Karlsruher SPD als Kommunalpolitiker und als Menschen:

„Liebe Familienangehörige, sehr geehrter Herr Pfarrer Lundbeck, verehrte Trauergemeinde,

der SPD Kreisverband Karlsruhe verliert mit Julius Grotz nicht nur einen verdienten Kommunalpolitiker, sondern auch einen Menschen, der Souveränität, Verantwortung und Weitblick verkörpert und darin beispielgebend bleibt. Durch seinen beruflichen Werdegang – er war bekanntlich von 1972 bis 1993 Mitglied des Vorstands der Karlsruher Versicherung AG – verfügte Julius Grotz über erhebliche Qualitäten, die ihm persönlich und der SPD Karlsruhe insgesamt zum Vorteil gereichten. Mit Sorge sehen heute all diejenigen, die aufmerksam sind, wie schwierig es häufig geworden ist, berufstätige Staatsbürgerinnen und Staatsbürger seines Kalibers für die ehrenamtliche Politik zu gewinnen.

Die Jahre von 1968 bis 1980 gehören zu den bewegteren Jahren Westdeutschlands. Genau in dieser Zeitspanne war Julius Grotz sowohl in seiner Parteifunktion als Kreisvorsitzender als auch in seinem Mandat als Stadtrat für die Politik und unser Gemeinwesen in der Verantwortung. In dieser Zeit verzeichnete die SPD Dank der Linkswende bei den Jungsozialisten und

Dank der überragenden Persönlichkeit Willy Brandts einen enormen Zulauf junger Mitglieder. Neue, nicht nur vorteilhafte Debattierfreude, neue Politisierung bis hin zu Ideologisierung und Lagerbildung lauteten die neuen innerparteilichen Herausforderungen. Die Distanz zwischen organisierter Arbeiterschaft und akademischer Jugend wird innerhalb der SPD der 70er Jahre auch in Karlsruhe sichtbar. Wer in diesen Jahren in der SPD und für die SPD Ämter und Mandate ausübt, muss mit diesen Auseinandersetzungen leben und sie überbrücken lernen.

Nach einer verlorenen Oberbürgermeisterwahl den Parteivorsitz zu übernehmen, ist gewiss keine leichte Aufgabe. Julius Grotz tat genau dies an einem Juniabend des Jahres 1970 mit einer Kampfkandidatur in der Stadthalle Karlsruhe. Ich war damals gerade drei Jahre alt, doch mir wurde vielfach berichtet, dass die Stimmung hochexplosiv war. Das Wahlergebnis jedoch fiel mit 247 zu 135 Stimmen klar zugunsten von Julius Grotz aus. Bemerkenswert ist und bleibt vor allem Eines: Die Vorschläge, die Julius Grotz auf dieser Versammlung im Juni 1970 unterbreitete, sind auch heute nach wie vor befolgenswert und werden es auch in Zukunft bleiben.

Im Jahre 1975 wurde Julius Grotz auch zum Fraktionsvorsitzenden der SPD im Karlsruher Gemeinderat gewählt. Dieses Amt konnte er jedoch aufgrund beruflicher Belastungen nur für zwei Jahre ausüben. Als hochkompetenter und umsichtiger

Mann mit Format war er weiterhin an entscheidenden Stellen tätig: Hauptausschuss, Personalausschuss, Ausschuss für Stadtentwicklung, Ausschuss für Wirtschaftsförderung, im damals noch existierenden Werk-ausschuss und im Regionalverband – alle, die sich auskennen wissen: Jede Fraktion ist gut beraten, in diese Ausschüsse jemanden zu entsenden, der wirklich kompetent ist. Gut für Karlsruhe und gut für die SPD, dass Julius Grotz zur Stelle war.

In späteren Jahren, nämlich 1992, gehört Julius Grotz zu den Gründern der ASSE, der Arbeitsgemeinschaft der Seniorinnen und Senioren der SPD in Karlsruhe. In der Generation der Senioren angekommen, übte er nachweislich einen guten politischen Einfluss auf die folgenden Generationen aus. Dies gilt auch, das darf ich hier sagen, im politischen Sinne für die eigene Familie.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, hier eine ganz persönliche Sache anzusprechen. Julius Grotz war einer der allerersten, mit dem ich meine Kandidatur für den Bundestag beriet. Die Gründe dafür, ausgerechnet ihn zu einem recht frühen Zeitpunkt aufzusuchen, habe ich im Grunde schon genannt.

Sehr geehrte Familie Grotz, meine Damen und Herren, die SPD Karlsruhe trauert um ihren ehemaligen Partei- und Fraktionsvorsitzenden, um den allseits geschätzten und geachteten Julius Grotz.“

Rede vom 30. Dezember 2008

Konsequent für Mindestlöhne

Johannes Jung begrüßt den Erfolg der SPD, die Mindestlöhne für sechs weitere Branchen durchsetzen konnte. Der Bundestag hat jetzt mit dem neuen Arbeitnehmer-Entsendegesetz und einer Änderung des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes den Weg für Mindestlöhne freigemacht in den Bereichen Pflege, Sicherheitsdienstleistungen, Bergbau, Wäscherei, Abfallwirtschaft, sowie Aus- und Weiterbildung.

„Mit den schon gesicherten Branchen Bau, Gebäudereinigung und Briefdienstleistungen erhalten damit Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern faire Löhne für anständige Arbeit. Und das haben sie auch verdient“, betont der Karlsruher SPD-Bundestagsabgeordnete. Es sei eine Frage der Würde des Menschen, dass er von seiner Hände Arbeit auch leben könne, so Jung.

Umgesetzt sei nun die zentrale Forderung der SPD aus der letzten Sitzung des Koalitionsausschusses, unterstreicht Jung. Mindestlöhne schützten vor Lohndumping und führten über höhere beitragspflichtige Löhne zu höheren Rentenanpassungen.

Auch werde der Wettbewerb dadurch gestärkt, dass er über die Qualität von Waren oder Dienstleistungen und nicht über Dumpinglöhne ausgetragen werde, so Jung. Wenn noch die Leiharbeitsbranche hinzukomme, seien fast 4 Millionen Menschen durch Lohnuntergrenzen geschützt.

Faire Löhne für anständige Arbeit

„Wieder einmal ist klar, bei wem die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am besten aufgehoben sind. Auf den beschlossenen Neuregelungen steht SPD drauf und es ist SPD drin“, stellt Johannes Jung fest. Pressemitteilung vom 22.01.2009

Ein Ende amerikanischer Alleingänge?

Barack Obama wird neuer Präsident der Vereinigten Staaten / Johannes Jung hofft auf Neustart in der US-Außenpolitik

Die Wahl von Barack Obama weckt Hoffnung – in Deutschland, in Europa, für die transatlantischen Beziehungen und für die ganze Welt. „Mit dem historischen Wahlsieg Barack Obamas haben die Menschen in den USA gezeigt, dass sie nach acht Jahren George W. Bush einen Wandel herbeisehen. Auch ich wünsche mir einen Kurswechsel. Vor allem wünsche ich mir, dass die USA unter einem Präsidenten Obama die Alleingänge und Irrwege der Bush-Administration überwinden“, sagt Johannes Jung.

Von Beginn an habe Obama angekündigt, stärker auf internationale Zusammenarbeit und Abstimmung zu setzen. Er wolle mehr Zusammenarbeit in der NATO und in den Vereinten Nationen. „Obama steht für den überfälligen Neustart in den transatlantischen Beziehungen, für die der deutsche

Außenminister Frank-Walter Steinmeier schon lange wirbt“, so Jung. Dem neuen Präsidenten sei bewusst, dass mit klassischer Sicherheitspolitik allein Frieden auf der Welt nicht erreichbar sei. Klimaschutz, Energiesicherheit und Abrüstung stünden ganz oben auf seiner Liste. Das seien genau jene Themen, die Bundesaußenminister Steinmeier für die neue transatlantische Agenda vorgeschlagen hat.

Zu dem Versprechen Obamas, auf mehr Rechtsstaatlichkeit und auf den Schutz der Grund- und Menschenrechte auch im Kampf gegen den Terrorismus zu setzen, betont der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Jung, der auch Mitglied im BND-Untersuchungsausschuss ist: „Oberste Priorität hat die Schließung des völkerrechtswidrigen Gefangenenlagers in Guantanamo. Dieses Lager hat die stolze Tradition der USA als Zufluchtsort vor Verfolgung und Verhaftung zunichte gemacht“.

Obama stehe für eine Politik, die der breiten Bevölkerung nütze. Er setze sich für eine gerechte Steuerpolitik ein, die Geringverdiener entlaste und Schluss mache mit Steuervergünstigungen für Reiche. Er wolle in den Vereinigten Staaten endlich eine öffentliche Krankenversicherung einführen und die Ausgaben für das Bildungssystem erheblich erhöhen. Im Zentrum stehe dabei ein breiter Zugang zu höherer Bildung.

Desaströse Folgen des Irakkriegs

All diese sozialpolitischen Themen wurden acht Jahre lang unter dem republikanischen Präsidenten George W. Bush ignoriert. Viel zu sehr sei man unter der Amtszeit Bushs mit den desaströsen Folgen des Irakkriegs beschäftigt. Der Irakkrieg, den die Sozialdemokraten vehement abgelehnt haben, habe sämtliche Ressourcen des US-Haushalts gefressen.

„Mit Obama wollen wir die transatlantischen Beziehungen neu beleben. Obama steht für ein neues Amerika“, so Johannes Jung abschließend.

Pressemitteilung vom 5. November 2008



Gut angekommen in den USA

„Das Gefühl am Flughafen lässt sich nur schwer beschreiben. Man realisiert nicht richtig, dass man seine gewohnte Umgebung nun für ein Jahr verlassen wird“, schreibt Lukas Hügle. Der Karlsruher Schüler hat den Schritt dennoch gewagt: Unterstützt vom Parlamentarischen Patenschaftsprogramm des Bundestags büffelt Lukas nun statt am Helmholtz-Gymnasium an einer High School in Idaho.

PPP-Stipendiaten aus Karlsruhe

Auch Simon Emig, für den der Karlsruher Bundestagsabgeordnete ebenfalls eine Patenschaft übernahm, ist gut in den USA angekommen. Als junger Berufstätiger studierte er zunächst an einem College in Ohio Marketing und Wirtschaft. Er freut sich, dass er es auch privat gut erwischt hat: „Meine Gasteltern sind die besten die ich mir vorstellen kann. Ich fühle mich hier sehr wohl und zu Hause.“

„Der erste Tag war schon etwas merkwürdig, weil es einfach eine etwas seltsame Situation ist, wenn du zum ersten Mal auf die Leute triffst, die nun für eine so lange Zeit deine Familie sein werden“, meint Lukas dazu. Aber spätestens nach gemeinsamem Thanksgiving und Weihnachten („unter einem wunderbar geschmückten Plastikweihnachtsbaum“) war von diesem Gefühl nichts mehr übrig.

Auch politisch sind die beiden Karlsruher in einer spannenden Zeit gekommen. „Vom ersten Tag an hat man die Intensität des Wahlkampfes gespürt“, erzählt Lukas. Simon Emig, der nach seinem College-Semester nun ein Praktikum im Kongress in Washington D.C. macht (Bild), konnte die Veränderungen sogar aus nächster Nähe verfolgen: Bei der Anhörung der künftigen Außenministerin Hillary Clinton hatte er noch einen Platz im Sitzungssaal bekommen – in der ersten Reihe. *Bericht Jan.2009*

